



MARCEL FRATZSCHER UND ALEXANDER KRIWOLUZKY

Türkei-Krise ist vielleicht letzte Chance für Europa, eine Annäherung zu erreichen

Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D. ist Präsident des DIW Berlin.
 Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin.
 Der Kommentar gibt die Meinung der Autoren wieder.

Die Türkei steckt in einer tiefen Krise, die politischen Sprengstoff für den Mittleren Osten und für Europa bedeuten könnte. Aber die Krise ist auch die größte Chance seit vielen Jahren, die Türkei grundlegend zu reformieren und eine Annäherung zwischen Europa und der Türkei zu ermöglichen.

Erdogan und seine Regierung haben drei fundamentale wirtschaftspolitische Fehler begangen, die sich nun bitter rächen. Der erste war eine viel zu expansive Konjunkturpolitik, bei der über viele Jahre die Staatsausgaben zu hoch und die Zinsen zu niedrig waren. Dies war politisch so gewünscht, um den Konsum auf Pump anzukurbeln. Das Resultat ist eine Überhitzung der Wirtschaft, mit steigender Inflation, hohen Handelsdefiziten und einer massiven Auslandsverschuldung. Durch das Versagen der Finanz- und Bankenaufsicht haben sich viele in der Türkei vor allem über Kredite in US-Dollar oder Euro verschuldet. Das rächt sich nun in der Krise, in der die türkische Lira deutlich an Wert verliert und die Rückzahlung der Auslandskredite viel teurer wird. Bis zu jeder vierte Kredit könnte in den kommenden Monaten ausfallen und so zu einer Bankenkrise beitragen. Dann würde auch die Kreditvergabe an gesunde Unternehmen schrumpfen und die türkische Wirtschaft in eine tiefe Rezession fallen, mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Der dramatischste Fehler Erdogans ist jedoch sein Versuch, die Institutionen seines Landes zu manipulieren und damit vor allem türkische Investoren und Unternehmen aus dem Land zu treiben. So beschränkt Erdogan die Unabhängigkeit von Gerichten, beschneidet die Meinungsfreiheit von Menschen und Medien, vergibt Regierungsaufträge nach politischen Motiven, hebt Familienmitglieder auf Ministerposten und manipuliert die Zentralbank für eigene Zwecke. Ein solcher Größenwahn ist in einer modernen, offenen Volkswirtschaft zum Scheitern verurteilt. Denn wirtschaftlicher Erfolg hängt von verlässlichen Institutionen und einem grundlegenden Vertrauen in Gesetze und Regeln ab.

Daher sind es auch nicht böse ausländische Regierungen, die die Türkei in die Krise treiben, sondern in erster Linie türkische

Bürgerinnen und Bürger, Investoren und Unternehmen, die seit vielen Jahren ihrem eigenen Land den Rücken kehren und das Vertrauen in die Stabilität der Währung verloren haben. Die Wirtschaftskrise wird zu einer Verarmung vieler Menschen in der Türkei und damit langfristig zum Sturz von Erdogan führen. Um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern, den Fall der türkischen Lira zu stoppen und damit seine Macht zu erhalten, ist Erdogan auf ausländische Hilfe und Kredite angewiesen. Sein wichtigstes Pfund in den Verhandlungen mit den Nato-Partnern wird dabei die geostrategische Lage der Türkei sein. Des Weiteren könnte Erdogan den Krieg in Syrien weiter anheizen und das Flüchtlingsabkommen mit der EU aufkündigen. Dies hätte enorme politische Sprengkraft für ein Europa, in dem die rechtsextremen Kräfte an Zulauf und Macht gewinnen, nicht zuletzt in Italien.

Ein Scheitern der Verhandlungen mit den westlichen Demokratien würde bedeuten, dass Erdogan zu einem sehr demütigen Gang zum Internationalen Währungsfonds (IWF) gezwungen werden könnte. Nur der IWF hat die Glaubwürdigkeit und die Gelder, um eine Panik an den türkischen Finanzmärkten zu stoppen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Dafür wird der IWF aber harte Reformen verlangen, die letztlich die Macht Erdogans empfindlich beschneiden werden. Daher wird Erdogan alles versuchen, ein solches Schicksal zu vermeiden.

Die Finanzkrise der Türkei hat ein erhebliches Drohpotential, denn es wird auch von Erdogan abhängen, ob sich der polarisierende Streit über Geflüchtete und Migration in Deutschland und Europa wieder verschärfen wird. Die Türkei-Krise ist jedoch auch eine Chance – vielleicht die letzte große Chance auf absehbare Zeit –, ein Abrutschen der Türkei in ein antidemokratisches und wirtschaftlich bankrotttes Regime zu verhindern. Deutschland und Europa sollten diese Chance ergreifen und auf Präsident Erdogan zugehen, bevor sich der Konflikt weiter vertieft.

Dieser Beitrag ist in einer längeren Version am 18. August 2018 in der Tageszeitung Die WELT erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 22. August 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström,
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Markus M. Grabka

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter